

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Gründet 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger und ausw. Beirteilungen frei 1.00 M. monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld, Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: Im Wiesbaden und Provinz-Verkauf 20 Pf., Restamtsstelle 1.-M., außerhalb 30 Pf., Restamtsstelle 1.20 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 42

Samstag, 25. Januar 1919.

73. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es den Gewerbetreibenden verboten ist, von Anachronismen der französischen Armee französisches Geld, weder in Papier noch in Münzen, als Zahlungsmittel anzunehmen.
Wiesbaden, den 23. Januar 1919. (9819)
Der Administrateur für den Stadtkreis Wiesbaden.

Warum leiden wir Not?

Was will die Deutsche Volkspartei?

Schutz und Hilfe für das Handwerk und den gesamten Mittelstand!

Das Handwerk hat bereits erkannt, von welchen Parteien es Förderung erfahren wird. Die von den Schlosserinnungen des Handwerkskammerbezirks Berlin einberufene Versammlung am 13. Januar 1919 in der Philharmonie in Berlin betonte die dringende Notwendigkeit des Vorgehens in großen Massen zur Wahlurne zu gehen. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Die Versammlung sprach sich einmütig und entschieden gegen alle handwerks- und mittelstandsfeindlichen Parteigruppierungen, insbesondere gegen die sozialdemokratische und gegen die demokratische Partei aus und empfiehlt die Kandidatenlisten der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zu wählen.

Bürger und Bürgerinnen — wählt die Deutsche Volkspartei! Liste Gebeschus-Kalle.

Hervorragende Namen in der Nationalversammlung.

Nach einer Zusammenstellung wurden von ehemaligen Mitgliedern des Reichstags beziehungsweise des preussischen Landtags oder Herrenhauses gewählt: von der Mehrheitssozialdemokratie u. a.: Ebert, Scheidemann, Bismarck, Bauer, Davidsohn, Landsberg, Wolgast, Heine, Leuten, Bus, Dr. Luard und Hoch; von den Unabhängigen u. a. Haack, Geier, Burm, Cohn und Henke; vom Zentrum u. a. Pfeiffer, Herold, Trimborn, Dr. Spahn, Siegerwald, Gröber, Erbsberger und Fehrenbach; von der Deutschen demokratischen Partei u. a. Dornburg, Kischbeck, Gothein, Haas, Konrad, Dörmann, Naumann, Bauer, Freiherr v. Rittschoten, Staatssekretär Schiffer und Wachhorst de Wente; von der Deutschnationalen Volkspartei u. a. Traub, Graf Polakowski, v. Campe und v. Gräfe; von der Deutschen Volkspartei u. a. Stresemann, Meier und Dr. Beder (Darmstadt).

Nach den vorliegenden Wahlergebnissen, die allerdings noch nicht als endgültig zu betrachten sind, werden 26 Frauen ihren Einzug in die Nationalversammlung halten. Von bekannten Namen u. a. Gertrud Bäumer (Darmst.), Aräulein Schröder (Soz.), Luise Biehl (Unabh.), Helene Weber (Str.) und Käthe Schirmacher (Deutschnat.).

Die Friedensverhandlungen.

DZ. Köln, 22. Jan. (Englischer Funkdruck.) Für die Friedenskonferenz werden folgende Richtlinien veröffentlicht: Es ist vorgesehen, daß die kriegsführenden Mächte mit allgemeinen Interessen, nämlich die Vereinigten Staaten, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan an allen Sitzungen der Kommissionen teilnehmen. Die kriegsführenden Mächte mit Sonderinteressen, nämlich Belgien, Brasilien, die britischen Dominions und Indien, China, Kuba, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Siam und die tschecho-slowakische Republik, werden an den Sitzungen teilnehmen, in denen die sie betreffenden Fragen erörtert werden. Ähnlich ist es mit den Mächten, die die diplomatischen Beziehungen mit den kriegsführenden Mächten abgebrochen haben, nämlich Bolivien, Ecuador, Peru und Uruguay. Neutrale Mächte, die in Bildung befindlichen Staaten können mündlich oder schriftlich gehört werden, wenn sie von Mächten mit allgemeinen Interessen aufgefordert werden, sich an Sitzungen, die sich mit der Prüfung der sie direkt betreffenden Fragen befassen, zu beteiligen. Jede Delegation von Bevollmächtigten darf begleitet sein von technischen Sachverständigen und von zwei Stenographen. Die technischen Beiräte dürfen zum Zwecke der Informationsvermittlung bei den Sitzungen anwesend sein. Ueber die Vertretung Rußlands wird entschieden werden bei der Prüfung der Rußland betreffenden Fragen.

Kohlen sind heute wertvoller als Gold und Diamanten. Sie sind heute das einzige Zahlungsmittel Deutschlands. Das Ausland, das uns Lebensmittel zur Ernährung des deutschen Volkes, Rohstoffe zur Wiederaufnahme der deutschen Arbeit liefern kann, will nur Kohle als Zahlung entgegennehmen.

Die Arbeitsleistungen in den deutschen Kohlenabbau haben und dieses Zahlungsmittel herauf; wir können nicht mit Kohle zahlen, darum bekommen wir keine Rohstoffe.

Holland hat Milch, Butter, Käse, Eier, Geflügel, Seefische aller Art, Gemüse, Tabak in Menge — es liefert nicht, weil wir keine Kohle liefern können.

Dänemark hat Milch, Seefische aller Art, Eier, Geflügel, Kartoffeln in Menge — es liefert nicht, weil wir keine Kohle liefern können.

Schweden und Norwegen haben Seefische aller Art in Menge — sie liefern nicht, weil wir keine Kohle liefern können.

Die Schweiz hat Milch, Butter und Käse in Menge, sie liefert nicht, weil wir keine Kohle liefern können.

Wer trägt die Schuld,

daß wir das einzige Zahlungsmittel, das uns über die bittere Not hinweghelfen könnte, nicht haben?

Die Sozialdemokratie, die durch unerfüllbare Versprechungen die Arbeiter zu maßloser Begehrlichkeit und zu maßlosen politischen und wirtschaftlich-finanziellen Forderungen angehetzt hat.

Die Sozialdemokratie, die den Streik als politische Waffe gegen Regierung und Arbeitgeber verherrlicht hat und jetzt, da sie selbst Regierung ist und demütigt aller Arbeitgeber werden will, ohnmächtig und tatenlos dem Unheil zusieht. Die sie Geister, die sie rief, nicht bannen kann.

Die Sozialdemokratie, die Unordnung und Unruhe geschaffen, die dadurch den Bürgerkrieg und Arbeitslosigkeit verschuldet hat.

Die Sozialdemokratie, die das deutsche Heer der Disziplin und dadurch seiner Stärke beraubt hat.

Die Sozialdemokratie, die den einzigen Weg, der uns aus dem Zusammenbruch herausführen kann, nicht finden kann und auch nicht finden will. Denn dieser Weg

führt über die bestimmende Mitarbeit des Bürgertums an der Gestaltung der Verfassung, der Regierung und der Gesetzgebung, würde also das Ende der sozialistischen Klassenherrschaft und der sozialistischen Wirtschaftssystemen bedeuten.

Die Sozialdemokratie, die alles Elend verschuldet hat, das heute auf uns lastet.

Wer stützt die Sozialdemokratie?

Die Deutsche demokratische Partei, die es abgelehnt hat, bei den Wahlen durch Listenbindung mit den bürgerlichen Parteien den unübersteigbaren Damm gegen die unglückselige rote Flut zu errichten.

Die Deutsche demokratische Partei, die durch diese Ablehnung der Sozialdemokratie zahlreiche Mandate zur Nationalversammlung zugesichert hat, Mandate, die sonst den bürgerlichen zugefallen wären.

Die Deutsche demokratische Partei, die in der verfassungsgebenden Nationalversammlung und in der preussischen Landesversammlung mit den Sozialdemokraten Mehrheiten bilden will zur Unterdrückung der bürgerlichen Parteien.

Wer ist also der Feind?

Die Sozialdemokratie und ihr Verbündeter, die Deutsche demokratische Partei, die in Ermangelung sozialer Gemeinnützigkeit mit demagogischen unwahren Schlagworten wie Reaktionäre, Kurapatolen, Kriegsschürer, Allduende, Partisanen u. dergl. gegen die bürgerlichen ankämpfen.

Keine Stimme darum ihren Lippen, alle Stimmen auf die Listen der verbündeten bürgerlichen Parteien (Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei und Zentrumskräfte) vereinen!

Wählt die Liste der Deutschen Volkspartei!

Sie beginnt mit den Namen Gebeschus-Kalle.

Wach auf!!!

Keine veralteten Stimmzettel, die mit den Namen Nießer-Lieber beginnen, abgeben, sondern nur die neuen Stimmzettel zur preussischen Landesversammlung!

Nur Gebeschus-Kalle!

Die Not in Wien.

Tj. Amsterdam, 23. Jan.

Man meldet aus Wien, daß die Brotzation um die Hälfte verringert werde. Alle Zeitungen der Hauptstadt betrachten diese Einschränkung als eine wahre Katastrophe für alle armen Kreise der Bevölkerung. Sie veröffentlichen dringende Aufrufe an die Arbeiter, die Munde zu bewahren. Die Zeitungen drücken die Hoffnung aus, daß der Stadt Wien bald Hilfe gebracht werde. Die Lage ist um so schwerer, als man schon am Beginn der Fleischlosen Wochen steht. Deutschland schickt tatsächlich keine Art Großvieh mehr nach Österreich.

Bolschewistische Greneltat.

Wie dem „Berliner Volksanzeiger“ aus Kopenhagen berichtet wird, sollen 750 russische Offiziere, die am 27. Dezember aus deutschen Gefangenenlagern in Schlesien nach Rußland zurückkehrten, am 2. Januar, ohne sich verantworten zu können, an einem bestimmten Orte von Bolschewiken ohne Voruntersuchung erschossen worden sein.

DZ Paris, 24. Jan.

Reuter meldet: Der französische Botschafter in Rußland, Rouleau, erklärte vor der Friedenskonferenz, die Intervention der Alliierten in Rußland, um die bolschewistische Anarchie zu beenden, für unbedingt notwendig.

Die Beerdigung Liebknechts.

ZD Köln, 24. Jan.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Beerdigung Dr. Karl Liebknechts wird am Samstag nachmittags 1 Uhr von der Sp. wie im Friedrichshain aus nach dem hiesigen Friedhof in Friedrichsfelde erfolgen. Gleichzeitig mit Liebknecht wird eine Anzahl seiner bei den Kämpfen getöteten Anhänger am gleichen Orte beerdigt werden, wo die Stadt ein gemeinsames Grab zur Verfügung gestellt hat.

Von der Kaiserin.

DZ. Amsterdam, 23. Jan.

Den Blättern zufolge wird aus Amerongen berichtet, daß die Kaiserin den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzukehren.

Auslieferungsantrag an Holland.

TU. Genf, 23. Jan.

„Progrès de Lyon“ meldet, daß ein offizielles Auslieferungsbegehren des Kaisers seitens der Alliierten an Holland unmittelbar bevorstehe.

Die monarchische Bewegung in Portugal.

DZ. Paris, 23. Jan. (Reuter.)

Aus Lissabon wird berichtet, daß die portugiesischen royalistischen Truppen in Oporto über fünfhundert Mann stark seien, darunter Artillerie, Kavallerie und bewaffnete Zivilisten, die heute Morgen in Valença do Minho einrückten und die Proklamierung Portugals zur Monarchie verlasen. Die royalistische Bewegung wurde auf dem Gelände des Gouvernements abgelehnt und die republikanische Fahne auf einem öffentlichen Platz verbrannt.

DZ. Lissabon, 23. Jan. (Havas.)

Wie aus Oporto gemeldet wird, traf dort der Kriegsminister aus Lissabon ein, mit der Absicht, die Ausführung der Monarchie zu verhindern. Angesichts der Haltung der Führer der Garnison mußte er indes auf sein Vorhaben verzichten. Als er in der Kaserne der republikanischen Garde erschien, wurde er zunächst gefangen genommen, dann jedoch wieder freigelassen, nachdem er ein Kompromiß unterzeichnet hatte, durch das er seinen Anspruch an die monarchische Bewegung erklärte. Nach der Verkündung der Monarchie desertierten die Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung. Die königstreuen Minister legten die Regierungsgeschäfte. Die Grenzen werden überwacht, um die Abreise von Republikanern zu verhindern.

DZ. Lissabon, 23. Jan. (Reuter.)

Die Beschießung von Santarem durch Regierungstruppen hat begonnen. Die Aufständischen sind aus

dem Sanitarental vertrieben worden. Im übrigen herrscht Ruhe, aber die Verbindung mit den osteuropäischen Ländern ist unterbrochen.

Die Entente und der serbisch-italienische Streit.

U. A. M. i. r. d. a. m., 22. Jan. Die „Times“ erzählt aus Belgrad vom 4. Jan. In einem offiziellen Telegramm aus Spalato wird die Ankunft einer alliierten Kommission gemeldet, deren Aufgabe es ist, die zwischen Italienern und Serben dauernd bestehenden Streitigkeiten über das besetzte Gebiet einer Untersuchung zu unterwerfen. Man hofft, daß durch dieses Eingreifen der Entente die Spannung zwischen diesen beiden Völkern, die in den letzten Wochen fast akut geworden wäre, zu verhindern.

Auswanderung jüdischer Arbeiter aus Amerika.

U. A. M. i. r. d. a. m., 22. Jan. (Z. M.). Aus New-York wird gemeldet: Auf dem ersten Kongress der jüdischen Arbeiter erklärte der Rönist Dr. Rosenblat, daß demnächst eine jüdische Auswanderung aus den Vereinigten Staaten zu erwarten sei. Viele Juden würden nach ihrem alten Geburtslande zurückkehren, um ihren Angehörigen bei dem Wiederaufbau zu helfen. Er schlug auch vor, daß alle jüdischen Arbeiter 1 Proz. ihres Lohnes zu Gunsten ihrer Glaubensgenossen in Polen und Rußland beisteuern sollten.

Reorganisation des Heeres.

Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegsministerium die Stellung der Soldatenräte im Friedensheer, ferner die Bekleidung, den Anzug und den militärischen Gruß im Friedensheer vorläufig geregelt. Die oberste Kommandogewalt hat der Rat der Volksbeauftragten, dieser überträgt sie dem preussischen Kriegsminister, der ihm für die Kommandogewalt verantwortlich ist. Bei den Generalkommandos, Garnisonkommandos, Regimentern, selbständigen Bataillonen und gleichgestellten Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer hinsichtlich etwaiger Mißbräuche der Dienstgewalt gegen die Regierung. Bei allgemeinen, dauernden Anordnungen, betreffend Versorgung für die Truppen, soziale und wirtschaftliche Fragen, Urlaub und Disziplinarmaßnahmen wirken sie mit und zeichnen mit verantwortlich. In der Wahl der Soldatenräte nehmen alle Angehörigen der betreffenden Formationen teil.

Die Stellenbeziehung ist Ende des Kriegesministeriums. Die Soldatenräte wählen der nächst höheren Dienststelle stehenden nach vier Wochen mit einer Begründung, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Sie können die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, letzten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und dem Betroffenen die Berufung an. Unteroffiziere und Mannschaften können als Angehörige in Offiziersstellen gewählt werden. Sie müssen im Falle eine gleichartige oder eine nachfolgende Einheit mindestens sechs Monate lang einwandfrei geführt haben. Sie bedürfen der Bestätigung durch das Kriegsministerium. Der Bescheidweg jedes Heeresangehörigen an seinen Soldatenrat darf durch keinen Befehl verzerrt werden.

Die bisherigen Abzeichen und Trüben sind von den im Felde gewesenen Offizieren, Sanitätsoffizieren u. a., sowie Unteroffizieren nach der Rückkehr in ihren Standort, von anderen sofort abzulegen, die Schulterklappen der Unteroffiziere und Mannschaften, sobald vom Kriegsministerium andere Abzeichen eingeführt und beschafft sind. Diese Kennzeichnung gehört zur Uniform. Im Felde (Grenzschutz) dürfen die alten Abzeichen aufgetragen, die neuen Abzeichen aber nicht aufgeschossen werden. Als Gradabzeichen legen die Offiziere und Sanitätsoffiziere am linken Unterarm dunkelblaue Tüchlein an. Als Seitenwaffe wird nur das kurze Infanteriekleingewehr übernommen, und zwar nur im Dienst und auf dem Wege zum Dienst und vom Dienst. Schußwaffen werden im Standort nur auf besonderen Befehl getragen. — Über 25 Jahre alt im Dienst dürfen ihre bisherige Seitenwaffe am linken Koppel weitertragen. Am Befestigen der Waffe wird die Kordale in den Bundesfarben getragen. — Friedensorden werden im Dienst nicht getragen. Im Kriege erorbene Orden und Ehrenzeichen, ferner Rettungsmedaillen, Dienstehrenzeichen, Verwundetenabzeichen, Fliegerabzeichen und andere dürfen in und außer Dienst getragen werden. — Unteroffiziere und Vorgesetzte haben sich gegenseitig zu grüßen, jüngere und im Dienstgrade niedere den älteren anzuzukommen. Die Grußpflicht ruht in größeren Städten, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten und innerhalb aller Menschenansammlungen. — Frontmärsche, Stillsitzen und Vorbeigehen in gerader Haltung sind abgeschafft.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in München führte der Minister für militärische Angelegenheiten, Hoffbauer, über die Stellung der Offiziere u. a. aus: Die gegenwärtigen Verhältnisse hätten den sogenannten Soldatenräten das Recht gebracht, über die Anstellung der Offiziere zu bestimmen. Niemand würde sich unter solchen Umständen dem Offiziersberuf widmen, wenn der Offizier jeden Augenblick auf die Straße gesetzt werden könne. Der Kampf gegen die Offiziere nehme Formen an, die das Leben der Demokratie nicht fördern, sondern schädigen.

Der Grenzschutz im Osten.

DZ Berlin, 24. Jan. Nach der „D. Z. a. M.“ hat sich die Reichsregierung in den jüngsten Tagen in mehreren Sitzungen mit der Frage des Grenzschutzes im Osten beschäftigt. Es steht fest, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. Wo er kein Hauptquartier aufstellen wird, sei noch nicht bestimmt. In Pommern, Ostpreußen und Westpreußen beginnen freiwillige Volkswehren zu entstehen, die mit den im Osten bereits befindlichen Truppen vermischt werden sollen.

Die Lebensmittelversorgung.

Ueber die in Trier gepflogenen Verhandlungen wegen der Lebensmittelzufuhr teilte Unterstaatssekretär von Braun, der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelfragen, dem „Vorwärts“ folgendes mit:

Während des Waffenstillstandes kann nur eine Notaufhilfe an Lebensmitteln in Höhe von etwa 30 Mill. Dollar für Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter erfolgen, und zwar nur unter der Voraussetzung, daß vorher die gesamte fabrikmäßig hergestellte Lebensmittel der alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt wird. Werden die Bedingungen erfüllt, so kann damit gerechnet werden, daß in zwei bis drei

Preußen wacht auf!

Das Lied von „Der deutschen Treue“ kann nicht mehr gesungen werden: „Die Wacht am Rhein“ ist erschlagen; soll nun auch das „Preußenlied“ verstummen?

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Fünf Jahrhunderte hat die schwarz-weiße Fahne unsern Vätern in Not und Tod und Sieg vorangeweht; unter ihr ist Deutschland groß geworden; soll sie unsern Kindern nicht mehr wehen?

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Ihr Männer die ihr auf diese Fahne den Treueid geschworen!

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Denkt unserer unvergesslichen tapferen Toten, die in Treue für diese Fahne gefallen sind! Ehrt ihr Andenken!

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Preussische Sparsamkeit, preussische Disziplin, preussischer Ordnungssinn haben uns viele glückliche Jahre geschenkt; werden sie jemals wiederkehren?

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Wo sind die Männer, die Jahr um Jahr den Preußentag gefeiert haben? Beweiset jetzt — in schwerer Zeit — Treue, tragt Sorge, daß der Name „Preußen“ nicht verschwindet!

Wacht auf, Preußen geh! zur Wahl!

Es darf nicht mehr vorkommen, daß 18 000 Wiesbadener Bürger „nicht wählen“, wie es am letzten Sonntag geschah; in der letzten Stunde vor der Wahl rufe ich euch zu:

Preußen wacht auf, geh! zur Wahl!

Wählt die Linke Gebelshaus-Kasse!

Wochen mit der Lieferung begonnen wird. Die Mengen von Lebensmitteln, die für 30 Millionen Dollar eingeführt werden können, sind nicht sehr erheblich; sie werden sich vielleicht auf 70 000 Tonnen Speisefett, 50 000 Tonnen Weizen, gewisse Mengen Londoner Fleisch, Misch, Hosenmehl, Reis und Reispräparate belaufen und reichen deshalb zur allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise aus. Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei gab es die Erklärung, daß die Vorräte an Reis und Getreide ausreichend seien, um die gesamte Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Rohen, Kaffee und Indurierzugewinnen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können, denn darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben: Gegen Kredit oder deutsches Geld, das bei Fortdauer des Ueberwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet würde, liefert uns Amerika nichts!

Erhöhung der Fleischration?

Wie die bairische Fleischversorgungskasse den „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf eine Anfrage mitteilt, wird, um den immer mehr zunehmenden Schwarzschlachtungen und dem Schleißhandel mit Fleisch zu begegnen, in aller nächster Zeit eine Erhöhung der Fleischration für das ganze Reich erfolgen.

Einleitung von Zwangsmassnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht eine wichtige Aenderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, die am Tage der Verkündung, also heute, in Kraft tritt. Danach darf Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, in diesem Ort eine Unterbringung nicht länger als insgesamt vier Wochen gemährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht nachgewiesen werden kann. Die Gemeinden und Gemeinverbände sind verpflichtet, die Unterbringung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs- und Wohnortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Eine Weigerung kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener örtlicher Lohn geboten wird, die Unterkunft fälschlich bedenklich ist und daß Verbeiraten die Versorgung der Familie unzumutbar wird. Freie Fahrt zur Reise an den Beschäftigungsort ist von der Gemeinde des letzten Wohnortes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen. Ist bei Verbeiraten die Mitnahme der Familie an den auswärtigen Beschäftigungsort nicht angängig, so kann die Gemeinde des letzten Wohnortes den zurückbleibenden Familienangehörigen während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses die Zuschläge zur Erwerbslosenunterstützung ganz oder teilweise gewähren. Die Zuschläge für die Erwerbslosenunterstützung betragen nach der Ortsklassenabstufung für männliche Personen über 21 Jahre 6, 5, 4 und 3,50 Mark, für weibliche Personen über 21 Jahre 3,50, 3, 2,50 und 2,25 Mark, für jüngere entsprechend weniger. Die Familienbezüge dürfen für Ehefrauen stufenweise 1,50, 1,25 und 1 Mark, für Kinder entsprechend 1, 1, 1 und 0,75 Mark nicht übersteigen. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten. Höhere Unterhaltungsansprüche, die bereits eingeführt sind, dürfen spätestens bis 1. April bewilligt werden.

Die Deutsche Volkspartei.

Durch hinterhältige Verhandlungen um mehrere Wochen zurückgehalten, konnte die Organisation der Deutschen Volkspartei im ganzen Reich nicht so gefördert werden, daß sie genügend Auffassung ins Volk traten und die Vorbereitungen zur Wahl so umfassend treffen konnte, um als Sieger aus der Wahlkampf hervorzugehen. Bei dem Mangel an politischer Erkenntnis des deutschen Volkes ist es daher kein Wunder, daß die demokratische Partei, deren Machenschaften die Verzögerung in der Organisation der Deutschen Volkspartei zu verdanken ist, die Mehrheit der bürgerlichen Stimmen auf sich vereinen konnte. Das Wachstum der Deutschen Volkspartei ist aber in schneller Entwicklung begriffen, und man kann heute schon sagen, daß sie, sobald das deutsche Bürgertum einsehen wird, wie schlecht es beraten war, als es die demo-

kratischen Stimmzettel abgab, die Menagen, die sich dann von der Deutschen demokratischen Partei entzündet, viel leicht entschuldigen werden, bei sich wird aufnehmen müssen. Die Stunde der Deutschen Volkspartei war noch nicht gekommen, aber nicht lange dauerte es mehr. Sankt wird sie schlagen. Die Regierung der Demokratischen Partei zur Sozialdemokratie, die in der Nationalversammlung in weichen Worten offenkundig werden muß, wird dem deutschen Bürgertum die Augen öffnen. Schon leucht mehrheitlich die Rückläufer. Besonders aus den Kreisen der Staatsbeamten, Staatsarbeiter, Lehrer, Gemeindebeamten und Privatangehörigen hat die Deutsche Volkspartei in den letzten Tagen einen starken Zuwachs an Mitglidern zu verzeichnen. Eine ganze Reihe von führenden Persönlichkeiten aus den Gewerkschaften der Reichsbahnen haben der Partei ihre Mitarbeit schon während des vorigen Wahlkampfes zur Verfügung gestellt. Wir können heute schon ohne Uebertreibung sagen, daß die Stellung der Partei in diesen Kreisen fest verankert ist. Das Zurücktreten der Reichsbahnen aus der Deutschen demokratischen Partei in die Deutsche Volkspartei hat, wie uns gemeldet wird, außer in Westdeutschland auch in Mitteldeutschland in einem großen Umfang begonnen.

Aus dem Reich erfahren wir ferner, daß sich in Altona, Weidom-Bollin, Rastell, Soth und anderen anderen Städten Wahlvereine der Deutschen Volkspartei gebildet haben. Im Großherzogtum Hessen, in Pommern, in Berlin, Weidom, Hannover usw. usw. haben sich die neuen früheren nationalsozialistischen Organisationen der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Die Nationalsozialistische Partei ist geschlossen zur Deutschen Volkspartei übergegangen. Die Deutsche Volkspartei wächst und erstarkt von Tag zu Tag. Ihr gehört die nahe Zukunft.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 25. Januar.

Achtung!

Wir machen hierdurch nochmals besonders darauf aufmerksam, daß bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung am 26. Januar keine Stimmzettel Nichtwähler abgegeben werden dürfen, da solche bei dieser Wahl ungültig sind. Es dürfen nur die Stimmzettel Gebelshaus-Kasse

für die Deutsche Volkspartei abgegeben werden.

Lebensmittelverteilung. Der Magistrat veröffentlicht in der vorliegenden Ausgabe den Verteilungsplan für die kommende Woche. Wie sich aus der Anzeige ergibt, kommen an die Kunden der Kolonialwarengeschäfte 1—110 je nach Vorhandensein verschiedene Sorten von Gemüsekonserven zur Verteilung. Jeder Käufer hat nur Anspruch auf Verabfolgung derjenigen Sorte Konserven, die seinen Geschäft zur Verteilung überwiesen ist. Wünsche auf Abwechslung bestimmter Sorten können nicht geltend gemacht werden. Da die Konserven in verschiedenen Packungen zur Ausgabe gelangen, mußte ein Durchschnittspreis festgesetzt werden. Davon abweichende auf den Dosen angebrachte Kleinverkaufspreise sind daher nicht maßgebend. Es sind nicht isoliert Konserven vorhanden, daß die Sonderverteilung der ganzen ortsnahen Einwohnerzahl zugute kommen kann. Die Verteilung von Gemüsekonserven an die Kunden der übrigen Kolonialwarengeschäfte wird festgesetzt werden, sobald weitere Zufuhren eintreffen. Aus Neugierigkeitswegen, die in den ersten Wochen an Warenbezug in den Läden Verkaufsständen anzuweisen sind, können keine Gemüsekonserven erhalten, ebenso keine Salzfleisch. Kochanweisung für getrocknete Salzfleisch werden auf Wunsch in den Fischgeschäften vertrieben. An Kaffeezusatz kommt Eclorie und Kornfrucht zur Ausgabe. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkaufszeit in den Verteilungsgeschäften bis 4 1/2 Uhr verlängert worden ist.

Mit lebhafter Befriedigung lesen wir eine dringende Warnung, die die britische Militärbehörde in Bonn an die dortige weibliche Bevölkerung erläßt. Danach ist es deutschen weiblichen Personen verboten, mit britischen Heeresangehörigen auf der Straße zu gehen oder sich mit ihnen zu unterhalten. Die britischen Polizeibeamten sind angewiesen, weibliche Personen, die in Gesellschaft britischer Soldaten verkehren werden festzunehmen und der städtischen Sittenzupolizei anzuführen. — In es nicht tief bedauerlich, daß es bei unseren deutschen Männern erst einer solchen Warnung bedarf?

Aus dem Gefängnis. Infolge der Amnestie war das hiesige Gefängnis fast von Inhaftierten frei geworden. In den letzten Wochen jedoch haben sich Einbrüche und Diebstähle derart vermehrt und man hat eine solche große Anzahl von Tätern festgenommen, daß die Zellen des Gefängnisses wieder fast alle besetzt sind.

Ein Schankereignis wurde heute nacht in dem Bazarngeschäft der Firma August Engel an der Hindenburgstraße verübt. Die Diebe haben den unteren Teil der Kassenkassette eingedrückt und den ganzen Ertrag ausgeraubt. Es waren darin verschiedene Sorten echt holländischer Importen ausgepackt, die bis auf das letzte Stüd von den Dieben, die ihre Arbeit anscheinend ganz ungehindert verrichten konnten, mitgenommen wurden. Nur die leeren Bazarngeschäfte, die als Stofflage dienen, sind zurückgelassen.

Beim Solgallen verunglückt ist gestern Nachmittag der vierzigjährige Zimmermann Emil Krell, der bei der Pflanzung des Waldes an der Jalouserie mit beschäftigt war. Ein schwerer Ast fiel ihm so unglücklich auf den Kopf, daß ihm eine starke Verletzung zugefügt wurde. Die Sanitätskraft brachte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Neues Museum. Der Rast. Kunstverein Wiesbaden-Gesellschaft für bildende Kunst eröffnet am Sonntag, 26. Jan. eine umfangreiche Kollektivausstellung des hiesigen Meisters Josef Ebers. Durch stiftungsförderung von Werken aus Wiesbadener Privatbesitz konnte eine herrliche Sammlung von 120 Gemälden, Aquarellen, Pastellen, Zeichnungen und Lithographien zusammengebracht werden, die der Entwicklung des Künstlers der letzten Jahre veranschaulicht. — Ausgestellt werden ferner einige stiftliche plastische Wandgemälde von Marie Wilens, Mainz. Die Räume sind geöffnet täglich von 9 bis 1 Uhr.

Wahlversammlung.

Die öffentliche Wählerversammlung der Zentrumspartei, die gestern abend in der Turngesellschaft abge-

halten wurde, erfreute sich eines außerordentlich harten Erfolges und verließ unter dem Eindruck des günstigen Ergebnisses der Wahlen zur Nationalversammlung für die Zentrumspartei in ausgesprochen zuversichtlicher Stimmung. Gleich in seiner Eröffnungsansprache stellte der Leiter der Versammlung, Stadtverordneter F. L. mit Genugtuung fest, daß die Zentrumspartei mit mindestens 88 Sitzen, also beinahe in ihrer alten Stärke in das Reichsparlament einzutreten werde. Auch die übrigen Parteiredner des Abends machten dieses günstige Ergebnis zum Ausgangspunkt ihrer weiteren Ausführungen. Während Kaufmann Greiff die wirtschaftspolitischen und kulturellen Ziele und Erfolge der Zentrumspartei und seine praktische Arbeit auf diesen Gebieten einer eingehenden Betrachtung unterzog, beschäftigte sich Arbeitersekretär Krämer mit der sozialpolitischen Tätigkeit des Zentrums, das unentwegt eingetreten sei für die Interessen des arbeitenden Volkes, des Beamten- und Mittelstandes, und das auch weiterhin verbürge, in diesem Sinne seine Aufgaben als wirkliche Volkspartei zu erfüllen. Hauptgeschäftsführer Dr. G. Neule legte noch den Erfolg der Zentrumspartei bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Vergleich zu den anderen Parteien ziffernmäßig dar und warnte vor einer gewissen Wahlmüdigkeit, die sich bei den bürgerlichen Parteien jetzt schon bemerkbar zu machen scheine. Der preussische Landesversammlung hätten nicht minder wichtige Aufgaben als der deutschen Nationalversammlung bevor. Vor allem habe sie die Fragen der Trennung von Staat und Kirche und die Entfernung des Religiösums von den Schulen, die von der sozialistisch-demokratischen Seite angestrebt werden, zu lösen. Hier müßten die christlich-bürgerlichen Parteien ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Denn wenn einmal die Trennung der Kirche vom Staat vollzogen sei, dann ließe sich die geistliche Lüge niemals widerrufen. Dr. G. Neule wendete sich sodann gegen die Einwände, die im Wahlkampf gegen die Zentrumspartei aus demokratischem Lager gemacht worden sind. Der Redner betonte es als dringende Aufgabe des katholischen und protestantischen Volkes, sich zu gemeinsamem Kampfe zusammenzufinden gegen den Sozialismus, als den Feind der christlichen Gerechtigkeit, und gegen die Demokratie, soweit diese dem Sozialismus hilfreiche Hand leiste. Als letzter Redner sprach noch Oberlehrer Krämer, der die geplante Neuaufteilung Preussens einer Betrachtung unterzog und entließ den Vorabend, falls diese Frage einmal an uns herangetragen sollte, sich für ein Geschick mit Frankfurt als Zentrum zu entscheiden. Die wasserischen wirtschaftlichen und sonstigen Interessen, die historische Ueberlieferung und nicht zuletzt eine gewisse politische Staatsklugheit gebiete es, daß Nassau seine Zukunft nur in Gemeinschaft mit Rheinland und Westfalen in einem großen rheinischen Sonderbund, der sich über den Rhein hinüber erstreckt, suchen könne. Sämtliche Redner fanden harten Anerkennung und Beifall. Stadtverordneter F. L. schloß die Versammlung gegen 9 Uhr mit einer nochmaligen dringenden Aufforderung an die Wähler, auch bei der Wahl am Sonntag ihre Pflicht zu tun.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Aurungen, 25. Jan. Holzverkäufung. Die diesjährige erste große Holzverkäufung im Staatswald, District Welling, findet nächsten Donnerstag, den 30. Januar, im Saalbau Hinfelhaus, Bahnhof Aurungen-Medenbach, statt.

F. Mainz, 24. Jan. Aufgehobene Strafe. Der „Mainzer Anzeiger“ und das „Mainzer Journal“ sollten auf Anordnung der französischen Militärbehörde vom 27. Januar ab 14 Tage nicht erscheinen. Diese verhängte Strafe wurde aber von der Militärverwaltung nachsichtig und wohlwollend aufgehoben, so daß die beiden Zeitungen wieder am 27. Januar wie gewohnt erscheinen.

a. Vom Mittelrhein, 25. Jan. Erhöhte Schiffsfrachtfälle. Die Güterbootslinien vermögen ihren Verkehr künftig nur aufrecht zu erhalten, wenn sie höhere Frachtfälle erhalten. Deshalb ist eine solche Erhöhung mit Wirkung ab 5. Januar erfolgt. Sie beträgt 50 v. H. für die Tariffrachten. Der Zuschlag tritt für alle auf der deutschen Strecke zu befördernden Güter in Kraft.

Gericht und Rechtspflege.

F. Wiesbaden, 25. Jan. Die 48jährige Frau Elisabeth Z., von hier zu 5 Monaten Gefängnis, der 23jährige Spenaler Albert G., von hier zu drei Monaten Gefängnis von der Strafkammer verurteilt. Beide waren im August v. J. von einem Feldhüter dabei ertappt worden, als sie zu früher Morgenstunde heimwärts zogen, beladen mit Kesseln, die sie unberechtigtweise für sich geerntet hatten. Frau Z. mußte die schwerere Strafe erhalten, weil sie sich noch ein zweites Mal beim Kesselmachen erwischen ließ.

F. Wie weit reicht der Amnestieerlass? Wegen mehrerer Kleinviehdiebstähle fanden gestern drei junge Leute aus Dieblich vor der Strafkammer. Die Urteilsverkündung wurde vorläufig ausgesetzt, da die Kammer erst in Berlin anfragen will, ob unter dem Amnestie-Erlass des Rates der Volksbeauftragten auch noch die Straftaten der jugendlichen Personen fallen. Hi: den Krieg mitemacht, entlassen sind und sodann erst die Verurteilung begangen haben.

Kirchliche Anzeigen.

Evangelische Kirche.
Sonntag, den 26. Januar 1919 (2. nach Epiph.).
Katholische. Die Gottesdienste finden bis auf weiteres in der Aula des Gymnasiums am Schloßplatz statt. Jugendgottesd. 8.45 Uhr: Pfr. Dr. Meisner. 10 Uhr: Pfr. Schuster. 5 Uhr: Pfr. Schumann.
Evangelische. 10 Uhr: Pfr. Dieckhoff (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schumann (Köln). — Mittelhand: Dienstag, den 26. Januar, 8 Uhr abends. Pfr. Schumann.
Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 10 Uhr: Pfr. Schuster; 5 Uhr: Pfr. Diehl. — Taufen und Trauungen: Pfr. Dieckhoff; Begräbnisse: Pfr. Diehl.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Evangel. Luth. Gemeinde der luth. E. L. A. in Preußen (auch. Tagb. Straße 4, 1. Gottesdienst 10 Uhr.
Evangel. Freikirchliche Gemeinde. In der Aulast der luth. Kirche (Eingang Schloßstr.). Predigt-Gottesdienst 8.30 Uhr. Pfr. Dieckhoff.
Evangel. Gottesdienst, Rinderkottbusch. 25. Predigt-Gottesdienst 8.30 Uhr.
Katholische Gemeinde, Rinderkottbusch. 25. Predigt-Gottesdienst 8.30 Uhr.
Katholische Gemeinde, Rinderkottbusch. 25. Predigt-Gottesdienst 8.30 Uhr.
Katholische Gemeinde, Rinderkottbusch. 25. Predigt-Gottesdienst 8.30 Uhr.

Katholische Kirche.

1. Sonntag nach Erleuchtung des Herrn. — 26. Januar 1919.
Dienstag-Lettertag für die zu erlösenden Friedenskräfte in Frankreich u. M.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Katholische. Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Pfr. Meisner; 10 Uhr: Pfr. Schuster (Köln); Rinderkottbusch. 11.30 Uhr: Pfr. Dieckhoff; 5 Uhr: Pfr. Schuster. — Gottesdienst für Schwerkranken in der Sakristei des Rinderkottbusch. 8.45 Uhr: Pfr. Schuster.
Pantaleonsh. Gottesdienst 8.30 Uhr: Pfr. Diehl.

Foyer-Restaurant

Nassauisches Landestheater

Vorbestellungen auf Speisen

werden frühzeitig erbeten.

zur Oper „Siegfried“ am 26. Januar
Telefon 319.
Chr. Klauer.

Deutsch-Nationale Volkspartei

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung haben in Wiesbaden 23000 Wählerinnen und Wähler ihrer Wahlpflicht nicht genügt.
Die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum haben alle ihre Anhänger an die Wahlurne gebracht.
Die sämigen Wählerinnen und Wähler gehören zum großen Teil mit ihren Gesinnungen unserer Partei an.
Für die preussische Landesversammlung ist die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit viel größer, als für die Nationalversammlung g.
Wählerinnen und Wähler tut Eure Pflicht! Wählt am Sonntag die Liste

Ritter, Werner, Ged.

Auskunftsstellen

der Deutschen Volkspartei

befinden sich:
Kungasse 9 (Hauptbüro).
Restauration Wies, Rheinstraße 63, 1.
Kellers Weinhandl., Luisenstraße 14.
Restaurant Friedrichsdorf, Ecke Blücher- u. Gneisenaustr.
Restaurant Hück, Bismarck, Bismarckring 16.
Restaurant Waterloo, Ecke Waterloo- u. Eckenförde Str.
Restaurant Zum Himmel, Haderstraße 9.
Restaurant Ruter Engel, Langgasse 52.
Hotel National, Langgasse 21.
Wilmshaus 56 (3. Ekv. Glücklich).
Weihenburgerstraße 10.

Freiwillige Helfer und Helferinnen

Die sich der Partei zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich an diesen Auskunftsstellen zu melden.
Jede Auskunft wird dort erteilt.

Hansa-Werkstatt

Für Auto und Vorführungsapparate.
Speziell: Feinmechanik, Reparaturen, National-Registrier-Kassen, Maschinen, Schreib- u. Büro-maschinen.
Kurt Berlet, 19 Kirchgasse 19.
Am Sonntag, den 26. Januar sind von mittags 1 Uhr ab nur folgende Wiesbadener Apotheken geöffnet:
Hilker-Apothek, Dohmerer Straße 83;
Kronen-Apothek, Gerichstraße 1;
Oranien-Apothek, Tannstraße 87;
Schützenhof-Apothek, Langgasse 11.
Diese Apotheken versehen auch den Apotheken-Nachdienst vom 26. Januar bis einschließlich 1. Februar von abends 7 1/2 Uhr bis morgens 8 Uhr.

Bekanntmachung.

Die städtische Kriegsstufe V (Mittelhandstufe) befindet sich von Montag, den 27. d. Mts. ab im Terminus, Kirchgasse 25.
Wiesbaden, den 25. Januar 1919.
Der Magistrat.

In Sachen des Konkurses über den Nachlaß des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Alexander Reinheim zu Wiesbaden wird zur Beschlußfassung über eine der Witwe des Verstorbenen zu gewährenden Unterstützung eine Gläubigerversammlung auf den 8. Februar 1919, vormittags 10 1/2 Uhr anberaumt.
Amtsgericht, Abt. 17, Wiesbaden, (M. 200)

Lebensmittel-Verteilung.

I. Warenausgabe.

Auf die vom 27. Januar bis 2. Februar gültigen Wochenfelder (Nr. 5) der Lebensmittelkarten werden verteilt:

50 g Margarine	zum Preise von 33 Pfg. für je 50 g	
1 Ei	„ „ „ „ „ 62 „	„ Stück
125 g Zucker	„ „ „ „ „ 55 „	„ Pfd.
100 g Graupen	„ „ „ „ „ 44 „	„ Pfd.
250 g Pflanzöl	„ „ „ „ „ 116 „	„ Pfd.
250 g Marmelade	„ „ „ „ „ 110 „	„ Pfd.
7 Pfd. Kartoffeln	„ „ „ „ „ 9 1/2 „	„ Pfd.
Sauerkraut (markenfrei)	„ „ „ „ „ 35 „	„ Pfd.
200 g Fleisch und Wurst	gegen Fleischmarke 1—10	

Sonderverteilung (nur an die ordnungsgemäße Einwohnervorschau):

60 Gramm getrocknete Salzkartoffeln zum Preise von 280 Pfg. je Pfund an die eingeschriebenen Kunden der Rinderkottbusch gegen Eintragung des Buchstaben „N“ auf die Rückseite der Rinderkottbuschkarte.

1 Rn. Gemüsekonserven in Dosen an die Kunden der Kolonialwarenhandlung Nr. 1—110. Preise je Rn.

Kartoffel, Weizen, Reis, Bohnen, etc.	150 Pfg.
innere Kartoffeln, rote Rüben	198 Pfg.
Sellerie	250 Pfg.
Tomatenpurée	250 Pfg.

Derneer für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre

125 g Zucker	z. Preise v. 55 Pfg. je Pfd.
250 g Rindergerstenmehl	„ „ „ 80 „

von Donnerstag bis Samstag in den Milchverteilungsstellen gegen Vorweisung der Milchkarte und des Bankbuchausweises.

II. Verkaufseinteilung.

Gültig: in den Mehrereien: in den Bitternächten:

R-So	Samstag 8-9 1/2	Freitag 8-10
Sp-Z	„ 9 1/2-11	„ 10-12
A-D	„ 11-12	„ 1-3
E-H	„ 1-2	„ 3-4 1/2
J-L	„ 2-3	Samstag 8-10
M-Q	„ 3-4	„ 10-12
A-Z	„ 4-4 1/2	„ 12-12 1/2

in den Kolonialwarenhandlungen und Fischgeschäften:

Sp-Z	Donnerstag vorm. 8-11	Freitag nachmittag
A-E	„ nachm. 2-5	„ Samstag vormitt.
F-J	Freitag vorm. 8-11	„ nachmitt.

III. Mitteilungen:

Die unter Sonderverteilung verzeichneten Lebensmittel können nicht nur an die ordnungsgemäße Einwohnervorschau abgegeben werden, Die in den städt. Läden kaufberechtigten Personen, insbesondere Neuzugewogene, müssen daher für den Bezug dieser Waren aufsehen.

Wiesbaden, den 26. Januar 1919.

Der Magistrat.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Margarine am Samstag, den 25. Januar 1919 in den hiesigen Geschäften (45 Gramm für jeden verforungsberechtigten Einwohner, mit Ausnahme der Selbstverforer).
Sonnenberg, den 24. Januar 1919.
Der Bürgermeister, J. E. Christ, Beigeordneter.

Vorschuss-Verein zu Wiesbaden

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Friedrichstrasse 20.

Gegründet 1860.

Bankgeschäft und Sparkasse.

Postcheck-Konto Nr. 1308 Frankfurt a. M. Fernsprecher: 6190, 6191, 6192.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1918: 8732.

Eingezahltes Stammkapital: Mk. 4,192,381,40.

Haftsumme: Mk. 8,732,000.—. Reserven: Mk. 2,766,690,56

Ausführung aller Bankgeschäfte.

Sparkasse

mit täglicher Verzinsung (Haussparkasse) Aufbewahrung der Sparkassenbücher

Kreditgewährung

gegen Bürgschaft und auf Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Verwahrung versiegelter Pakete, Kasten und Koffer mit Wertgegenständen

Fremde Geldsorten.

Aufnahme als Mitglied jederzeit.

Bei dem Erwerb der Mitgliedschaft wird der volle eingezahlte Stammanteil vom nächsten Quartalerster an dividendeberechtig.

Auskunft bereitwilligst durch den Vorstand.

7038

Gebebus = Kalle

lautet die Liste der

Deutschen Volkspartei.

Wählt

Gebebus = Kalle.

1878

Umzüge

19712

sowie Führen aller Art per Federrolle und Kastenwagen, Transport von Kassenschränken, Flügel, Pianos, das An- und Abfahren von Kohlen, Coks, Holz u. s. w. besorgt unter Garantie bei billigster Berechnung

AUGUST REININGER

Wellritzstrasse 37

Telefon 6109.

Dauer-Batterien

von unerreichter Brenndauer.

Flack, Luisenstr. 44, neben Residenz-Theater 1908

Anfertigung von

Kleidern u. Blusen

nach neuesten Entwürfen. Gr. Burgstrasse 6, I. St. Atelier für künstlerische Damenkleidung.

Wir suchen zum Besuch von Ladengeschäften einen rührigen, mögl. eingeführten

Beretreter

für alle Bedarfsartikel, bei dauerndem Einkommen. Möbl. Gesellschaft. Chem. Ind. u. h. S. Mannheim, Danzabau. 1918

Lücht. Kaufmann

sucht altes reelles

Geschäft

zu kaufen

oder einzubringen (50 J. ev.). Off. unter E. 5354 an Haagen-Heim u. Partner, N. G. Gassel.

Sofas, sowie alle Polsterarbeiten, möbel werden aufgearbeitet bei reeller, billiger Bedienung. Brem. er. Zimmermannstr. 1. Tel. 2705. 1912

Mitteldeutsche Creditbank

— Kapital und Reserven 69 Millionen Mark —
Friedrichstrasse 6 Fernspr. 66 u. 6604.

Scheck-Verkehr.

Vorteile eines Scheckkontos vor der Aufbewahrung von Bargeld.

Für den Inhaber: Verzinsung des Geldes. Leichte Verfügbarkeit z. B. zur Zahlung von Rechnungen usw. Ausschluss von Verlusten durch Diebstahl, Einbruch oder Feuer.**Für die Deutsche Währung:** Stärkung der Reichsbank durch Verminderung d. Notenumlaufs. Nähere Auskünfte werden gerne erteilt während der Geschäftsstunden von 8 bis 12 Uhr. 9185

Arbeitslose!

Die Agitatoren der Deutschnationalen und der anderen sogenannten Volksparteien schüren in versteckter Weise gegen die Erwerbslosenhilfe und fette Hurratrioten und Kriegsführer begeistern Euch wegen der bescheidenen Unterstützung, die Ihr erhaltet. Sie neiden sie auch und sagen, Ihr würdet dadurch unzufrieden zur Arbeit.

Die Sozialdemokratie aber hat die Unterstützung aller, die der Krieg existenzlos gemacht hat, gefordert und durchgeführt, so als sie die Macht hatte. Der Krieg zerschlug das Wirtschaftsleben bis auf einen geringen Rest. Solange es noch nicht wieder aufgebaut ist, muß der Staat für die Kriegsoffer eintreten. Unterstützung der Erwerbslosen ist jetzt Kriegsausgabe. Wer sie bekämpft, ist das Gegenteil eines Patrioten.

Wer die Erwerbslosen beschimpft und herabwürdigt, handelt ehrlos an den Gliedern des Volkes, denen der Krieg unendlich schlimmeren Schaden gebracht hat, als den Besitzenden.

Arbeitslose, merkt Euch das bei den Wahlen!

Und wählt die Liste: **Gräf.**

19810

Mutter schütze Dein Kind!

Wir wollen Kinderfürsorge, wie sie von den Sozialdemokraten mit der Errichtung der Kinderhufkommissionen angebahnt wurde.

Wir wollen, daß die Mutter als natürlicher Anwalt ihres Kindes in der Gemeinde und in den Parlamenten ihre Erfahrungen und Wünsche vorbringen kann. Deshalb sind wir für das Frauenstimmrecht, während die bürgerlichen Parteien dagegen sind.

Wir wollen ausreichende Bildung Deiner Kinder, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Nicht vom Geldsack soll die Bildungsmöglichkeit abhängen. Freie Bahn dem Tüchtigen!

Wir wollen Schutz für Mutter und Kind, also obligatorische Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge für die nicht krankenversicherungspflichtigen Arbeiterfrauen und -Töchter, obligatorische Hebammen- und Arzthilfe bei der Entbindung, Hauspflege für die Wöchnerinnen, Stillgeld für stillende Mütter. Heute müssen Hunderttausende von Frauen bis zum Tag der Entbindung arbeiten.

Wir wollen Ausbau der Witwen- und Waisenversicherung.

Wir wollen Schutz der Frauenarbeit in Werkstat, Fabrik und Nähstube, Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir wollen billige Nahrungsmittel für Frauen und Kinder, deshalb Abbau der Bucherpreise, Abbau der Bucherzölle.

Und was willst Du tun?

Erfülle Deine Pflicht

an Deinen Kindern und wähle
sozialdemokratisch!
Wähle die Liste **Gräf!**

19811